

Antrag

der Abgeordneten Heike Hänsel, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

CELAC-EU-Gipfel in Santiago de Chile – Neue Zusammenarbeit mit neuen Partnern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit der Gründung des Staatenbündnisses CELAC (Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Staaten) im Dezember 2011 haben sich die lateinamerikanischen und karibischen Staaten eine gemeinsame Organisation geschaffen, der alle Staaten der Region, jedoch nicht die USA und Kanada angehören. Auf dem Gründungsgipfel in der venezolanischen Hauptstadt Caracas sprachen Teilnehmer von der „zweiten Unabhängigkeit Lateinamerikas“.

Die Staaten Lateinamerikas und der Karibik streben nach politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Integration. Die Gründungsdokumente von CELAC enthalten sozial-, wirtschafts- und finanzpolitische Zielstellungen, mit denen das Bündnis die in vielen Mitgliedstaaten bereits begonnene Abkehr von der bisherigen Dominanz neoliberaler Politik nachvollzieht.

Darin kommt das gewachsene politische Selbstbewusstsein zum Ausdruck, das aus der vergleichsweise günstigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in Lateinamerika resultiert. Sie steht in deutlichem Gegensatz zu den Verwerfungen in der Europäischen Union (EU) im Zuge der Euro-Krise. Während viele lateinamerikanische Staaten heute weitgehend unabhängig vom Internationalen Währungsfonds und ohne von außen oktroyierte neoliberale Spardiktate ihre Binnenmärkte entwickeln und soziale Programme umsetzen, werden Mitgliedstaaten der EU durch Sparzwang, Liberalisierung und Privatisierung in den wirtschaftlichen Kollaps getrieben.

Ausdruck des neuen Selbstvertrauens der CELAC-Länder ist auch, dass regionale Konflikte zunehmend unter Vermittlung durch regionale Partner verhandelt und gelöst werden. Aktuelles Beispiel sind die Friedensverhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-EP in der kubanischen Hauptstadt Havanna. Lateinamerika kann ein Kontinent des Friedens werden. Er ist bereits heute ein atomwaffenfreier Kontinent. EU-Waffenlieferungen in die Region und Sicherheitsabkommen über die Ausbildung von Polizei und Militär sind hingegen kontraproduktiv.

Unter diesen veränderten Vorzeichen findet am 26. und 27. Januar 2013 der Gipfel von CELAC und EU statt. Erstmals steht der EU bei einem derartigen Gipfeltreffen eine geeinte Organisation der lateinamerikanischen und karibi-

schen Staaten gegenüber. Auch dies ist eine entscheidende Neuerung im Verhältnis zwischen beiden Regionen.

Die EU hat ihre bisherige Strategie, ihre neoliberale Politik durch Handelsabkommen in den Süden, auch nach Lateinamerika, zu exportieren und so Investitionsfelder und Absatzmärkte für ihre Unternehmen zu erschließen, dennoch nicht aufgegeben. Die Ratifizierung des Freihandelsabkommens mit Kolumbien und Peru und des Assoziierungsabkommens mit Zentralamerika durch das Europäische Parlament sind aktuelle Beispiele dafür, wie die EU regionale Integration durch subregionale Abkommen unterläuft.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- in der Europäischen Union für eine neue Zusammenarbeit mit Lateinamerika und der Karibik zu werben, die die regionale Integration unterstützt, die sozialen und wirtschaftlichen Fortschritte sowie die vergleichsweise erfolgreiche Krisenreaktionspolitik in Lateinamerika anerkennt und diese zum Anlass nimmt, die eigenen neoliberalen Wirtschaftsdogmen zu hinterfragen;
- darauf hinzuwirken, dass die EU und CELAC zu einer gemeinsamen Initiative für eine strenge Regulierung der regionalen und internationalen Finanzmärkte kommen, anstatt diese über bilaterale Freihandelsabkommen weiter zu liberalisieren;
- sich in der EU dafür einzusetzen, dass der Handelsteil sowohl des Freihandelsabkommens mit Kolumbien und Peru als auch des Assoziierungsabkommens mit Zentralamerika solange ausgesetzt wird, bis die Gesamtabkommen in allen Mitgliedstaaten ratifiziert sind;
- sich unabhängig davon innerhalb der EU für ein strenges Sanktionsregime gegenüber europäischen und multinationalen Konzernen einzusetzen, die für Menschenrechtsverletzungen sowie für soziale und ökologische Schäden in den CELAC-Ländern verantwortlich sind;
- die Initiative für einen „Solar-Fonds“ zu ergreifen, der einen umfassenden Wissens- und Technologietransfer für den Ausbau und die Verbreitung regenerativer Energien ermöglicht;
- sich dem Einsatz von CELAC gegen die wirtschaftliche Blockade Kubas durch die USA anzuschließen und sich in der EU für die Aufnahme von Verhandlungen über ein bilaterales Abkommen mit Kuba einzusetzen;
- den Umstand, dass Lateinamerika ein atomwaffenfreier Kontinent ist, ausdrücklich zu würdigen und darauf zu drängen, dass dieses positive Beispiel durch Abrüstungsinitiativen der Atommächte beantwortet wird;
- sich in der EU für einen Rüstungsexportstopp in die CELAC-Staaten einzusetzen und mit eigenem Beispiel voranzugehen, die Planungen für ein deutsch-mexikanisches Sicherheitsabkommen nicht weiterzuführen und die kolumbianischen Friedensverhandlungen aktiv zu unterstützen;
- sich bei der chilenischen Regierung dafür einzusetzen, dass der zeitgleich geplante Gegengipfel „Enlazando alternativas“ und die Demonstrationen in Santiago de Chile ohne Repression stattfinden können.

Berlin, den 15. Januar 2013

Dr. Gregor Gysi und Fraktion